



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

34. hét

2018.08.21.

ZUSAMMENFASSUNG

- Der Personalabbau bei den Mitarbeitern der Zentralverwaltung dürfte mit dem 1. Januar kommenden Jahres seinen Anfang nehmen. Gegenwärtig sind 14.000 Menschen in den Ministerien sowie in den diesen nachgeordneten Institutionen tätig.
- Die Kursschwankungen und die Krise der türkischen Lira nahmen starken Einfluss auf den Wert der Landeswährungen aufstrebender Märkte. Sowohl der ungarische Forint als auch der polnische Zloty und die tschechische Krone notierten schwächer gegenüber den Leitwährungen, während der Dollar gleichzeitig gegenüber dem Euro erstarben konnte. Der Wechselkurs der Lira wurde noch durch die Entscheidung des Weißen Hauses belastet, die Zölle auf türkische Stahl- und Aluminiumprodukte anzuheben.
- Seit 2014 registrierte das Zentralamt für Statistik nicht mehr einen dermaßen schwungvollen Wachstumsschub, wie im zweiten Quartal 2018. Wie die BIP-Daten zeigen, legte die Wirtschaft dieses Mal um 4,6 Prozent zu.
- Die Bewegung „Meine Heimat“ hat nun auch in der Hauptstadt Flagge gezeigt. Der Kreis um Toroczkai stellte die neue Gründererklärung vor, woraufhin im September die Umwandlung zur Partei erfolgen dürfte. Um die gesellschaftliche Unterstützung und den Bekanntheitsgrad der Bewegung zu erhöhen, bedarf es weiterer politischer Aktionen.
- Am 20. August erschien die erste Ausgabe der im Erneuerungsprozess befindlichen Publikation „Kommentár“. Neuer Chefredakteur wurde Márton Békés.
- Die Ungarische Nationalbank (MNB) ist bei der Anwendung ihrer Pflichten und Befugnisse als Finanzaufsicht auf Ungereimtheiten bei der Altus Portfólió Kft. gestoßen. Diese Firma gewährte jenem Unternehmen, mit dem Csaba Czeglédy Studentenarbeit vermittelte, unrechtmäßig, da nicht im Besitz einer entsprechenden Genehmigung für diese Tätigkeit am Markt, Finanzhilfen. Die Notenbank verhängte eine Aufsichtsstrafe von bislang insgesamt 15 Millionen Forint.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DIE UNGARISCHE REGIERUNG PLANT IN DER ZENTRALVERWALTUNG EINEN STELLENABBAU IM ZUGE VON UMSTRUKTURIERUNGEN UM 15-20 PROZENT

Die Regierung muss ein neues fachpolitisches und Umschulungsprogramm für die Umleitung von ungefähr 2.500-2.800 Mitarbeitern auf dem Arbeitsmarkt entwerfen. Dieser Umbau ist deshalb notwendig, weil im internationalen Vergleich übertrieben große Ressourcen im Verwaltungssystem angehäuft wurden, weshalb die über das optimale Niveau hinausgehenden Kapazitäten im Interesse einer steigenden Effizienz abgebaut werden sollten.

Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás sagte im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau, sollte die Überprüfung der Regierung belegen, dass sich der Verwaltungsbetrieb und die Anzahl der dortigen Mitarbeiter dank Digitalisierung ersetzen und rationalisieren lässt, dann wird es zu drei Maßnahmen kommen:

- zum einen wird Personal in dem oben genannten Umfang abgebaut,
- anschließend werden die in der Zentralverwaltung verbleibenden Mitarbeiter mit erhöhten Gehältern rechnen dürfen, da es bei dem Stellenabbau nicht darum geht, Gelder für den Staatshaushalt einzusparen,
- und drittens wird ein Programm für die aus der Verwaltung ausscheidenden Mitarbeiter ausgearbeitet, damit diese unverzüglich wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können.

Der Kerngedanke dieser Umschulungsprogramme lautet, dass die im Interesse eines rationelleren Betriebs der öffentlichen Verwaltung durch den Stellenabbau betroffenen und auf den Arbeitsmarkt gelangenden Arbeitnehmer binnen kurzer Zeit in die strategisch relevanten Wirtschaftszweige, die mit einem Arbeitskräftemangel zu kämpfen haben, umgelenkt werden können. Der Mythos von Massenentlassungen in der Verwaltung hat somit vollkommen grundlos Verbreitung im ungarischen öffentlichen Diskurs gefunden. Parallel zu diesem Stellenabbau können die Löhne und Gehälter qualitativ angehoben werden, wofür nach Ansicht der in diesem Sektor tätigen Mitarbeiter seit langer Zeit eine Notwendigkeit besteht.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE KURSENTWICKLUNG DER TÜRKISCHEN LIRA BEEINFLUSSTE DIE PROZESSE AN DEN INTERNATIONALEN GELDMÄRKTEN

In der vergangenen Woche gab der Forint gleich wiederholt nach, was für andere Landeswährungen aufstrebender Märkte freilich ebenso zutraf. Diese Wertverluste sind eindeutig der Krise der türkischen Lira zuzuschreiben, während der Dollar parallel hierzu erstarken konnte.

Der Forint verlor an Kraft gegenüber dem Dollar, wobei die heimische Währung im Vergleich zum Euro ungefähr genauso viel Wert verlor, wie der Dollar gegenüber der Gemeinschaftswährung zulegen konnte. Wenn man die letzten sieben Tage ins Kalkül zieht, ist zu erkennen, dass erstmals am Mittwoch eine gewisse Stabilisierung an den Geldmärkten einsetzte. Dabei ist es wichtig anzumerken, dass der polnische Zloty und die tschechische Krone auch dieses Mal wieder zusammen mit dem Forint schwankten.

Auf die Entwicklung des Forintkurses dürfte auf lange Sicht die Verkündung von Entscheidungen in nächster Zukunft zur Aufwertung der ungarischen Bonität in Bezug auf die Staatsschulden positive Auswirkungen haben. Den aktuell anliegenden Szenarien folgend darf der ungarische Staat auch im schlechtesten Fall mit einer unveränderten Einstufung rechnen, während eine Aufwertung der Bonität bei den verschiedenen internationalen Ratingagenturen durchaus als realistische Option angesehen werden kann. Einen Risikofaktor dürfte die Einstellung der Türkei bedeuten: Der türkische Finanzminister Berat Albayrak ist laufend genötigt, den Standpunkt der türkischen Wirtschaftsführung zu erläutern, beziehungsweise deutete vergangene Woche in diesem Zusammenhang auch ein IWF-Sprecher an, die Türken würden keinerlei Anstalten machen, den Internationalen Währungsfonds um Finanzhilfe zu ersuchen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE WIRTSCHAFTLICHE EXPANSION NIMMT IHREN LAUF, DER BIP-ZUWACHS GESTALTETE SICH POSITIV

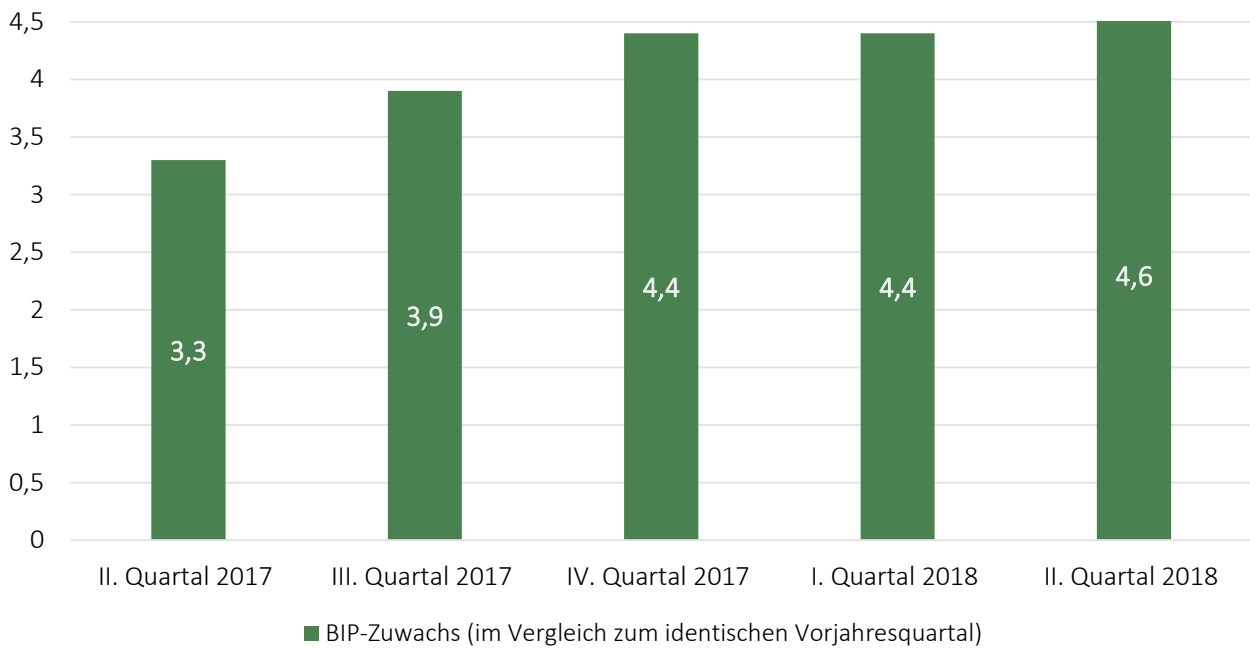
Das Bruttoinlandsprodukt der ungarischen Wirtschaft legte im II. Quartal 2018 den unbereinigten Daten zufolge um 4,6 Prozent, den saisonal und nach Kalendertagen bereinigten und gewichteten Daten folgend um 4,4 Prozent zum identischen Vorjahreszeitraum zu. Zu diesem Wachstum trugen im größten Umfang die marktkonformen Dienstleistungen bei.

Das ungarische Bruttoinlandsprodukt bewegte sich im zweiten Quartal dieses Jahres um 4,6 Prozent über dem Vorjahreswert, wozu es nach Angaben des Zentralamtes für Statistik (KSH) letztmalig im Jahre 2014 gekommen war. Das kräftige Wachstum hat gleich mehrere Ursachen:

- die meisten Volkswirtschaftszweige konnten zum Wachstum beitragen,
- die belebte Inlandsnachfrage war ein wichtiger Faktor, ebenso wie bereits oben erwähnt die gestiegene Wertschöpfung im Segment der Marktdienstleistungen,
- des Weiteren beförderte der Fiskus mittels Vorfinanzierung von Projekten mit EU-Fördermitteln die Dynamik bei den Investitionen.

Die steigende Nachfrage nach Dienstleistungen lässt sich auch mit der sechsjährigen umfassenden Tarifvereinbarung der Sozialpartner und der Regierung erklären. Denn im Einklang mit dieser Übereinkunft stiegen die Löhne um 10 Prozentpunkte, während die Beschäftigungsquote laufend zunimmt. Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, häufte sich im Zentralhaushalt bis Ende Juni ein Großteil des für das Gesamtjahr vorgesehenen Defizits an, während von Seiten der Europäischen Union in den ersten sieben Monaten lediglich Auszahlungen im Volumen von 162 Milliarden Forint getätigt wurden. Aus diesem Grund lässt sich das ganzjährige Defizitziel halten und sind keine Korrekturingriffe hinsichtlich der Eckzahlen des Staatshaushaltes vonnöten.

BIP-Wachstum (in Prozent)



PARTEIPOLITIK

DIE BEWEGUNG „UNSERE HEIMAT“ HAT SICH NUN AUCH IN DER HAUPTSTADT FORMIERT

Am 20. August stellte die Bewegung von László Toroczkai im Budapester Stadtwäldchen die soeben verabschiedete und zur gesellschaftlichen Konsultation freigegebene Gründererklärung vor. Die Bewegung „Unsere Heimat“ hat sich am rechten Rand der gegenwärtigen Parteienpalette positioniert, genau an jene Stelle, an der einst die Jobbik gegründet wurde. Die gesellschaftliche Nachfrage hierfür besteht, Unterstützung findet die neue Formation vorläufig aber nicht.

Nach Angaben des Nézőpont-Instituts vom Juli steht die Bewegung, die auch Előd Novák in ihren Reihen weiß, sowohl hinsichtlich der Gesamtbevölkerung als auch der sicheren Wähler vorläufig bei jeweils 1 Prozent. Für die Bewegung um Toroczkai könnte sich die Entwicklung der Prozesse im Oppositionslager jedoch als vorteilhaft erweisen: Zum einen gestaltet sich gerade erst ein neuer Pol heraus, welcher die linksliberalen Parteien MSZP und DK ausschließt, indem dieser unabhängig von den etablierten Parteien als neues Bündnis die „Parteien des 21. Jahrhunderts“ zusammenfassen würde. Eine Zusammenarbeit zwischen LMP, Momentum-Bewegung und Jobbik könnte die klassischen Parteien des linken Lagers schwächen und im gegebenen Fall zugleich den Spielraum für die Bewegung „Meine Heimat“ erhöhen. Zum anderen belegen frühere Forschungsdaten, dass im Kreis der Jobbik-Sympathisanten auch für Dóra Dúró und ihre Gefährten Sympathien bestehen.

Die Zielstellung der neuen rechtsradikalen Partei dürfte lauten, bei den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Europaparlament und den Kommunalwahlen jeweils auf die politische Landkarte zu gelangen. Ein erfolgversprechendes Vorbild dürfte ausgerechnet die Geschichte der

Jobbik bieten, denn deren Erfahrungen besagen, dass die Jobbik ihren ersten ernsthaften Erfolg 2009 bei den Wahlen zum damaligen Europaparlament erzielen konnte. Für „Meine Heimat“ sollte zugleich ein Warnzeichen sein, dass sie ohne Organisationsstrukturen und gesellschaftlichen Rückhalt keine vergleichbaren Resultate wird verbuchen können. Wenngleich in den vergangenen Wochen zahlreiche Kommunalpolitiker und Organisationsleiter der Jobbik die größte Oppositionspartei verließen, dürfte dies für sich genommen zu wenig sein, um wirkliche Ergebnisse zu erzielen. Die Jobbik trat nach ihrer Gründung 2003 bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 noch nicht an, weil sie damals in keiner der besagten Dimensionen bereit war, um in den Wettbewerb der Parteien einzutreten.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

MÁRTON BÉKÉS WIRD CHEFREDAKTEUR DES „KOMMENTÁR“

Der bisherige Chefredakteur des Magazins, Bálint Ablonczy, verlässt seine Position, um Raum für die Erneuerung des Blattes zu geben. In der vergangenen Woche trat zudem die Redaktionskommission des „Kommentár“ zurück. Békés definierte die Zielstellung dahingehend, den „Kommentár“ in die ursprüngliche, konservative Ausrichtung einzustellen.

Beim „Kommentár“ handelt es sich um eine Publikation, die sich früher in erster Linie an intellektuelle und konservative Leser, denn an breite Massen wandte. Aus diesem Grund spricht diese Publikation auch nur eine begrenzte Leserschicht an und ist ihr Verbreitungsgrad eingeschränkt, wobei ihre Bedeutung in konservativen Kreisen des öffentlichen Lebens enorm ist. Parallel zu den allgemeinen Veränderungen in den medienpolitischen Verhältnissen durchlebte aber auch dieses Blatt einen Stilwandel, der es von seiner früheren Rolle entfernte und für das konservative Publikum nicht charakteristisch ist. Neben dem Forschungsdirektor des Terrorhaus-Museums wird der frühere Kulturstaatssekretär László L. Simon als Zeitungsredakteur tätig sein. Békés sorgte zuvor mit Beiträgen in Verbindung mit der Debatte um eine im ungarischen öffentlichen Leben auftretende kulturelle Hegemonie für Aufmerksamkeit.

DIE UNGARISCHE NATIONALBANK HAT DIE ALTUS PORTFÓLIÓ KFT. BESTRAFT

Die MNB verhängte eine Geldbuße in Höhe von fünfzehn Millionen Forint wegen der ungenehmigten Ausreichung von Krediten und wird wegen des aufgetretenen Verdachtsmoments einer rechtswidrigen Tätigkeit Strafanzeige stellen. Die Angelegenheit ist auch politisch relevant, nachdem Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, der heutige Vorsitzende der Oppositionspartei DK, Inhaber der Firma ist.

Die Ungarische Nationalbank (MNB) stellte in ihrer Eigenschaft als Finanzaufsicht fest, dass die Altus Portfólió Kft. binnen zwei Jahren Darlehen im Gesamtvolumen von 391 Millionen Forint gewährte. Das Problem in Verbindung mit dieser Geschäftstätigkeit am Markt liegt darin, dass diese an eine Genehmigung der MNB gebunden ist, für welche die Altus-Firma jedoch keinen Nachweis erbringen kann. Die Existenz der Darlehen wurde im Verlauf der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Csaba Czeglédy aufgedeckt. Gyula Budai hatte noch am 6. Dezember 2017 Anzeige wegen unberechtigter Kreditausreichungen erstattet. Die Czeglédy-Firma Human Operator hatte mit finanziellen Engpässen zu kämpfen, weshalb man Ferenc Gyurcsány um Kredithilfen ersuchte. Die Altus-Geschäftsführerin

und Ehegattin von Ferenc Gyurcsány, Klára Dobrev, wertete die Entscheidung der Notenbank als parteipolitisch motivierten Schritt.